DIE LINKE.
Fraktion in der
Regionsversammlung Hannover

REGIONSFRAKTIONS-NEWS | Newsletter 06/2020

Umlandbusse fahren ab Sommer wieder häufiger: Region nimmt Kürzungen bei RegioBus zurück

Die massiven Proteste aus der Bevölkerung und der beharrliche Druck der Linksfraktion in der Regionsversammlung haben gewirkt: Die Region plant, viele Kürzungen bei den Umlandbuslinien der RegioBus nach den Sommerferien zurückzunehmen. So steht es in einer Beschlussdrucksache zu den Fahrplanmaßnahmen, die an die Politiker*innen des Verkehrsausschusses gegangen ist. Beispiel Wunstorf: Nach Protesten auch von Wunstorfer Lokalpolitiker*innen kann man ab Ende August an allen Tagen der Woche wieder nach 23 Uhr von Hannover aus alle Ortsteile Wunstorfs mit dem Bus erreichen. „Endlich hat die Verwaltung eingesehen, dass man mit Kürzungen keine Verkehrswende hinbekommen kann“, kommentiert LINKEN-Fraktionsvize Michael Fleischmann.

CDU und SPD hatten die Kürzungen mit der sogenannten RegioBus-Streichliste vor zwei Jahren gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossen. Die Angebotsverschlechterungen waren zum Fahrplanwechsel im Dezember vergangenen Jahres in Kraft getreten. Seitdem fahren viele Busse in den hannoverschen Randbezirken und im Umland weniger oder gar nicht mehr. Nur sehr wenige Busse wie die Linie 900 von Burgdorf nach Altwarmbüchen sind häufiger unterwegs.

Auch verhasste Fensterwerbung bald passé

Auch die bei vielen Fahrgästen verhasste Fensterwerbung in Bussen und Stadtbahnen von üstra und RegioBus gehört ab Juli der Vergangenheit an. Die mit einer transparenten Werbefolie zugeklebten Fensterscheiben behindern die Sicht nach draußen und erschweren vor allem sehbehinderten Fahrgästen die Orientierung. Nicht nur bei Dämmerung und Dunkelheit ist das so. „Ich bin froh, dass die Fahrgäste nicht mehr als fahrende Litfaßsäulen missbraucht werden“, sagt Michael Fleischmann. „Das ist entwürdigend.“ Seit der Einführung vor knapp 20 Jahren hat er diese Werbeform immer wieder kritisiert und deren Abschaffung gefordert.

Region leistet sich weiter entbehrliches Finanzdezernat

Die Berlinerin Cordula Drautz (39) tritt Mitte November die Nachfolge von Andrea Fischer (Grüne) als Finanzdezernentin in der Regionsverwaltung an. Das beschloss die Regionsversammlung gegen die Stimmen der Linksfraktion. Die Grünen enthielten sich, weil sie das Vorschlagsrecht für den Posten haben wollten. LINKEN-Fraktionsvize Michael Fleischmann forderte, die Stelle einzusparen und die frei werdenden Aufgabenbereiche Finanzen und Gebäudewirtschaft wie früher dem Dezernat für IT, Sicherheit und EU-Angelegenheiten von Cora Hermenau (CDU) zuzuschlagen. „Diese Aufgabenverteilung hat bis Ende 2012 gut funktioniert und jedes Jahr mehr als 400.000 Euro gespart“, erinnerte der linke Regionsabgeordnete. „Dieses Geld könnte die Region angesichts der schweren Wirtschaftskrise und damit wegbrechender Steuereinnahmen heute gut gebrauchen.“

Vor acht Jahren war Barbara Thiel (CDU) Dezernentin für Gebäudemanagement, Finanzen, IT, Gesundheit und Sicherheit. Das passte der damaligen rot-grünen Mehrheit in der Regionsversammlung nicht in den Kram. Es sollte ein Versorgungsposten geschaffen werden, für den die Grünen das Vorschlagsrecht hatten. Mit der zusätzlichen Dezernentenstelle hatte die Region mit sechs Dezernent*innen auf einmal ebenso viele Dezernate wie die Landeshauptstadt bei nur einem Fünftel der Mitarbeiter*innen. Andrea Fischer glänzte in ihrer nunmehr fast 8-jährigen Amtszeit durch Inkompetenz. Selbst bei den Grünen ließ der Rückhalt stark nach. Die 60-Jährige will sich beruflich umorientieren.

„Die Region könnte wie früher auf ein eigenständiges Finanzdezernat verzichten und so mehr als 400.000 Euro im Jahr sparen. Dieses Geld ist woanders besser angelegt.“

Fraktionsvize **Michael Fleischmann**

Schutzschirm für Kommunen: GroKo schreibt Antrag von Linksfraktion ab

Die Regionsversammlung hat Bund und Land einstimmig aufgefordert, den Städten und Gemeinden in der schweren Wirtschaftskrise mit Geld zu helfen. Viele stehen wegen der Coronakrise vor einer unverschuldeten Haushaltsnotlage und wissen nicht mehr, wie sie ihre Ausgaben bezahlen sollen. Steuer- und Abgaben-Erhöhungen sowie das Schließen städtischer Einrichtungen drohen. Pikant: Der beschlossene Antrag von CDU und SPD geht auf einen Antrag der Linksfraktion zurück, den die GroKo fast eins zu eins abgeschrieben hat. „So haben wir ausnahmeweise einmal einen Antrag durchbekommen“, scherzte LINKEN-Fraktionsvize Michael Fleischmann und erntete Gelächter.

In der Resolution wird ein ganzes Bündel an Maßnahmen gefordert, damit die Kommunen in Zukunft ihren Aufgaben nachkommen können. Die Palette reicht von einem milliardenschweren Investitionsprogramm in die vielfach marode kommunale Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Radwege, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen über die Befreiung von der Pflicht, einen Teil der Gewerbesteuer abführen zu müssen, bis zu Geldzahlungen pro Einwohner*in.

Politiker*innen genehmigen umstrittenes Einzelhandelsprojekt in Burgdorf

Die Regionsversammlung hat gegen die Stimmen der Linksfraktion grünes Licht für das Burgdorfer Einzelhandelsprojekt „Aue Süd“ gegeben. Danach darf die Stadt am südöstlichen Stadtrand einen zentralen Versorgungsbereich mit großen Lebensmittelgeschäften und Dienstleistern errichten. Dagegen protestieren Kaufleute aus der Innenstadt.

Martin Polch, Leiter des Arbeitskreises City beim Stadtmarketing Burgdorf, und Ulrich Wegener, Vorstandssprecher des Aktionskreises Einkaufsstadt Burgdorf, befürchten einen Kaufkraftabfluss aus der Innenstadt und weitere Geschäftsschließungen.

Die in der Innenstadt ansässigen, vielfach inhabergeführten Geschäfte leiden schon heute unter Kaufkraftverlusten und sinkender Attraktivität durch große Geschäfte am nordwestlichen Stadtrand wie Expert, Rossmann, Edeka und verschiedene Arztpraxen. Hinzu kommt der wachsende Druck durch den Onlinehandel. Mehr als 20 namhafte Unternehmen - darunter Aldi, C&A, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Mercado, die Parfümerie Lehmann-Rentsch oder Möbel-Beinsen - haben ihren Geschäftsbetrieb in der Burgdorfer Innenstadt schon eingestellt. Eine Nachvermietung kann nur auf niedrigem Niveau, sprich an Tedi, Mäc Geiz oder Telefonladen erfolgen - oder die Gebäude bleiben leer.

„Der neue Versorgungskern am südöstlichen Stadtrand wird zusammen mit der schweren Wirtschaftskrise für noch mehr zugeklebte Schaufenster in der Innenstadt sorgen“, kritisierte der Burgdorfer Regionsabgeordnete Michael Fleischmann (Linke) in der Regionsversammlung.

„In Sonntagsreden geht es immer viel um Innenstadtentwicklung, aber in der Praxis passiert das Gegenteil.“ Der Burgdorfer CDU-Regionsabgeordnete Oliver Brandt warf ihm daraufhin „Schwarzmalerei“ vor.

„Der neue Versorgungskern am südöstlichen Stadtrand wird zusammen mit der schweren Wirtschaftskrise für noch mehr zugeklebte Schaufenster in der Burgdorfer Innenstadt sorgen.“

Fraktionsvize **Michael Fleischmann**

Foto: Region Hannover / ClausKirsch

Abstimmungsergebnisse unserer Anträge

Abschließend möchten wir berichten, wie die Abstimmungsergebnisse zu unseren Anträgen in der Regionsversammlung ausgefallen sind, die wir Euch im vergangenen Newsletter vorgestellt haben. Unser Antrag auf kostenfreie Hygieneprodukte in allen Liegenschaften der Region wurde abgelehnt. Auch in den davor beratenden Ausschüssen war das Interesse am Thema eher gering. Anders sah die Diskussionsbeteiligung bei unserem Antrag „Die Region schaut hin“, eine Meldestelle für rechtsradikale Aktivitäten einzurichten, aus. Trotz aktueller Vorfälle sah die Mehrheit der Regionsversammlung auch hier keinen Handlungsbedarf. Den Grünen ging unser Antrag nicht weit genug. Sie stellten aber weder Änderungsanträge, noch hatten sie eigene Ideen eingebracht.
„Unseren Antrag als ersten Schritt abzulehnen mit einer solchen Begründung, ist mehr als fragwürdig!“, kommentiert Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen.

Impressum: Fraktion DIE LINKE. in der Regionsversammlung Hannover V.i.S.d.P: Jessica Kaußen, Osterstr. 60. 30159 Hannover
Redaktion: Michael Fleischmann, Layout: Nicolas Dielh